

Telefon: 0385 525-2149

Telefax: 0385 525-2616

E-Mail: pressestelle@landtag-mv.de

Website: www.landtag-mv.de

Dritte Sitzung des Innenausschusses - Schwerpunkte der Arbeit des Ministeriums

13.01.2022



Symbolbild Innenausschuss © Landtag MV

Am 13. Januar 2022 fand die dritte Sitzung des Innenausschusses in dieser Wahlperiode statt.

Der Innenminister Christian Pegel stellte die neue Organisationsstruktur des Ministeriums für Ministeriums für Inneres, Bau und Digitalisierung vor und informierte über Vorhaben und Schwerpunkte der 8. Wahlperiode, wie beispielsweise die Erhöhung der Anzahl von Polizeikräften im Land, die Förderung des Mobilfunk- und Breitbandausbaus oder die Reformierung der Entwicklungsmöglichkeiten der Mitarbeiter in der Landesverwaltung, deren Qualitäten das Innenministerium fördern und ihnen einen Aufstieg vom mittleren und vom gehobenen Dienst in den höheren Dienst ermöglichen wolle.

Auf Antrag der AfD-Fraktion berichtete der Innenminister dann über einen Terrorverdächtigen, der im März 2021 von Hamburg nach Wismar gezogen war, um dort ein Studium an der Fachhochschule aufzunehmen. Er stellte dabei heraus, über die Ermittlungsfortschritte keine konkreten Angaben machen zu können, da diese bei einem Landeskriminalamt lägen, für das er nicht zuständig sei und informierte darüber, dass derzeit kein Grund zu der Annahme bestehe, es gäbe weitere Terrorverdächtige in Wismar.



Telefon: 0385 525-2149

Telefax: 0385 525-2616

E-Mail: pressestelle@landtag-mv.de

Website: www.landtag-mv.de

Daran schloss sich auf Antrag der AfD-Fraktion ein allgemeiner Bericht des Innenministers zur Aufnahme von Menschen aus der Region Afghanistan an. Er informierte darüber, dass die Bundesrepublik Deutschland derzeit plane, 25.000 Menschen aus Afghanistan, überwiegend Ortskräfte mit deren Familien, aufzunehmen. Diese Menschen stünden auf einer im August 2021 im Kontext des Truppenabzuges abgeschlossenen Liste; die Evakuierung laufe im Schwerpunkt über das Nachbarland Pakistan. Bisher seien davon 11.000 Personen eingereist.

Sodann wurde der Antrag der AfD-Fraktion, mit dem Innenausschuss die Dienststelle der Bundespolizei in Pasewalk zu besuchen, mit Gegenstimmen der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, Bündnis90/DIE GRÜNEN und FDP abgelehnt.